Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 5. | Dresden, Montag den 7. Januar 1918. | 29. Jahrg.

Fortführung der Friedensverhandlungen.

Der sozialdemokratische Kampf gegen die Alldeutschen. — Lloyd Georges Eroberungsziele. — Hetze gegen Kühlmann. — Engelbert Pernerstorfer gestorben.

Weitere Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Der Zwischenfall in den deutsch-russischen Verhandlungen, die russische Ablehnung von Punkt 1 und 2 der deutschen Vorschläge, hat erfreulicherweise nicht zum Abbruch der Verhandlungen geführt. Nachdem Trotzki sein Erscheinen in Brest-Litowsk zugesagt hat, muß als gewiß angenommen werden, daß die russischen und die Delegierten der Mittelmächte gegenwärtig wieder am Verhandlungstisch sitzen. Die Erklärungen des Reichskanzlers und die entschiedene Haltung der deutschen Sozialdemokratie lassen auch die Hoffnung zu, daß in dem Punkte des Selbstbestimmungsrechts der besetzten russischen Provinzen eine Einigung erzielt wird.

Dagegen bleibt die Entente, wie auch aus der neuesten Kriegsrede Lloyd Georges hervorgeht, bei ihrer ablehnenden Haltung. Aus Berlin ist daraufhin folgende, von den Delegierten des Vierbundes unterzeichnete Note nach Petersburg gefunkt worden:

An die russische Delegation, zu Händen ihres Vorsitzenden Herrn Joffe, Petersburg.

In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation haben die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Leitsätze für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festsetzung hatten sie die Gültigkeit dieser Leitsätze ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zu genauester Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müssen. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsätzen des sofortigen Friedens bekanntmachen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten. Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keiner der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Wir nehmen an, daß damit nicht gesagt sein soll, der Vierbund habe die aufgestellten Verhandlungsleitsätze nur für den Fall allgemeiner Friedensverhandlungen anerkennen wollen. Es wäre ungeheure Kurzsichtigkeit, wenn der Vierbund für die Sonderfriedens-Verhandlungen mit Rußland etwa andere Gesichtspunkte geltend machen wollte. Nach der starr ablehnenden Haltung der Entente liegt es doppelt und dreifach im Interesse der Mittelmächte, mit dem östlichen Nachbar zu einem baldigen Frieden dauernder Freundschaft zu gelangen. Das ist nur möglich durch einen Frieden ohne Vergewaltigung. Nicht von der gegenwärtigen Kriegsmüdigkeit Rußlands, sondern von der zukünftigen Bedeutung des Ostens müssen die leitenden Gesichtspunkte der Sonderverhandlungen bedingt sein.

Daneben schrumpft die Frage, ob in Brest-Litowsk oder an einem neutralen Orte verhandelt wird, zur Bedeutungslosigkeit auch für Rußland zusammen. Der Vorsitzende der russischen Delegation hat am 3. d. M. aus Petersburg an die Bevollmächtigten der Vierbundmächte in Brest-Litowsk eine Depesche gerichtet, in der er unter Berufung auf einen Beschluß der Regierung der russischen Republik nochmals vorschlägt, die Verhandlungen im neutralen Auslande fortzusetzen. In der Erwiderung hierauf haben die Delegationen des Vierbundes jede Verlegung des Verhandlungsortes abgelehnt. Es ist zu hoffen, daß die Russen an diesem nebensächlichen Punkte die Weiterführung der Verhandlungen nicht scheitern lassen werden.

•

Deutschland erkennt die finnische Republik an.

Berlin, 7. Januar. (Amtlich.) Nachdem die russische Regierung erklärt hat, daß sie zur sofortigen Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands bereit sei, sobald ein Antrag der Finnen vorliege, und nachdem die finnische Regierung den entsprechenden Schritt in Petersburg getan hat, der entgegenkommend aufgenommen worden ist, hat Se. Majestät der Kaiser den Reichskanzler unter dem 4. d. M. beauftragt, den hier anwesenden Bevollmächtigten der finnischen Regierung, Staatsrat Hjalt, Prof. Erich und Direktor Sarlo, namens des Deutschen Reiches die Anerkennung der finnischen Republik auszusprechen. Graf v. Hertling hat in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs v. d. Busche die drei Bevollmächtigten heute empfangen und ihnen die Anerkennung seitens Deutschlands erklärt.

•

Das russische Friedensbedürfnis.

Stockholm, 5. Januar. Gorkis Nowaja Schisn schreibt zu den Verhandlungsschwierigkeiten: „Wie, Mitbürger, denkt Ihr wirklich wieder den Krieg mit Deutschland zu beginnen, nachdem das Offizierkorps vernichtet, die Front in eine chaotische Masse verwandelt und die wenigen widerstandsfähigen Abteilungen an inneren Kämpfen beteiligt sind, nachdem die gesamte Waffenindustrie abgeschafft ist? Wollt Ihr Krieg anfangen, wo die gesamte Popularität der Ratsregierung darauf beruht, daß sie einen rechtmäßigen, demokratischen Frieden zu schaffen im Begriff stand?"

Lenins Prawda bringt in ihrem Kommentar zu den russischen Aufrufen keinerlei Angriffe auf Deutschland und schiebt die Schuld an den Schwierigkeiten der Ukraine, Kaledin und den Kadetten zu.

Aus Paris meldet Telunion: Der Temps sagt: Das Friedensbedürfnis Rußlands sei zu stark, als daß ein Abbruch der Verhandlungen möglich wäre. Auch der Matin und Debats glauben nicht an einen wirklichen Abbruch der Verhandlungen. Das Blatt Verite veröffentlicht die Antwort Trotzkis an die französischen Sozialisten, denen er vorwirft, sie hätten sich von Clemenceaus Schleppt aunehmen lassen.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 7. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Stellungsbogen östlich von Ypern und in einzelnen Abschnitten zwischen den von Arras und Peronne auf Cambrai führenden Straßen entwickelten sich am Nachmittag heftige Artilleriekämpfe. Auch zwischen der Aisne und der Aisne, beiderseits von Ornes und auf dem Westufer der Mosel war das Artillerie- und Minenfeuer gesteigert.

Die Kampftätigkeit der Infanterie blieb auf Erkundungen im Vorfelde der Stellungen beschränkt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts neues.

Mazedonische und Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion über den Frieden.

Berlin, 7. Januar. Die Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei hielt gestern eine Sitzung ab. Nach mehrstündiger Aussprache wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: Angesichts der Vorgänge in Brest-Litowsk und des Anspruches der Annexionisten gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erneut, daß ein freundnachbarliches Verhältnis und ein dauernder Friede nur möglich ist bei ehrlicher Durchführung des demokratischen Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb, daß den betreffenden Völkern die freie, vollkommen unabhängige Willenserklärung garantiert wird; die letzte Entscheidung über die innere und äußere staatliche Gestaltung der in Betracht kommenden Gebiete muß verfassungsmäßig aus geheimen, gleichen und direkten Wahlen hervorgegangenen Landesversammlungen oder Volksabstimmungen überlassen werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigt einmütig das Verhalten ihrer Vertreter im Hauptausschuß und ist entschlossen, jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechtes zum Zwecke verschleierter Annexionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Kriegsverlängerer draußen und drinnen!

In letzter Zeit scheint auch die Friedensbewegung in England in den Volksmassen einen immer größeren Anhang gewonnen zu haben. Das zeigte sich auch auf der letzten Tagung der Arbeitervertreter, auf der eine neue Bekanntgabe der Kriegsziele verlangt wird. Das hat offenbar Lloyd George veranlaßt, die Gewerkschaftsführer zusammenzuberufen und längere Ausführungen über die Kriegsziele zu halten. Der langen Rede kurzer Sinn ist der, daß Lloyd George nicht daran denkt, sich zu einem Verständigungsfrieden mit Deutschland bereit zu erklären, trotzdem den englischen Ministerpräsidenten die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen darüber belehrt haben müßten, daß Deutschland nicht niederzuringen ist, hält er an Kriegszielen fest, deren Erfüllung eine Demütigung Deutschlands bedeutete und die sich unser Land nur gefallen ließe, wenn es vollständig zu Boden geworfen wäre. Er erklärt großmütig, daß es nie die Absicht Englands gewesen wäre, Deutschland zu zerstören, was sich freilich nicht mit den von den Engländern gebilligten französisch-russischen Zerstückelungsplänen in Einklang bringen läßt, die bekanntlich u. a. darauf hinzielten, das linke Rheinufer von Deutschland abzutrennen. Wie aus seinen Ausführungen hervorgeht, will Lloyd George noch immer Deutschland Elsaß-Lothringen nehmen, die Türkei gewaltiger Gebiete berauben und große Landesteile von Oesterreich-Ungarn zugunsten Rumäniens und Italiens abtrennen. Deutschland soll auch seiner Kolonien beraubt werden, in die sich dann auf dem Friedenskongreß unter Lloyd Georges Leitung die Ententeländer teilen könnten. Der englische Ministerpräsident kommt wieder mit der lächerlichen Redensart an, das mit Rücksicht auf die eingeborene Bevölkerung Deutschland seine Kolonien genommen werden müßten. Und das sagt der leitende Staatsmann eines Landes, das unzählige fremde Völker unterworfen hat und das den Teufel danach fragt, ob die Unterworfenen mit der englischen Herrschaft einverstanden sind oder nicht.

Bemerkenswert an seiner Rede ist aber vor allem, daß er Deutschland mit einer Unterbindung seiner Rohstoffzufuhren droht und so dem deutschen Volke auch nach dem Kriege die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Fortentwicklung und einer erträglichen Existenz rauben will. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß es in Deutschland niemand geben wird, der bereit sein würde, unter den von Lloyd George aufgestellten Bedingungen Frieden zu schließen und so wird die Welt das starre Festhalten der leitenden Staatsmänner der Westmächte an ihren angesichts der für Deutschland so günstigen militärischen Lage doppelt unsinnigen Kriegsziele noch mit schweren Blutopfern bezahlen müssen.

Natürlich nützt Lloyd George auch den Zwischenfall aus, der sich bei den deutsch-russischen Friedensverhandlungen ereignet hat. Er behauptet, daß es die Absicht „Preußens" sei, in irgendeiner Form sich die westlichen Gebiete Rußlands anzugliedern. Das zeigt, wie sehr durch die Fehler, die von den deutschen Vertretern in Brest-Litowsk gemacht worden sind, der Sache Deutschlands geschadet worden ist. Es ist den leitenden Staatsmännern der Entente ein bequemes Mittel in die Hand gegeben, um bei ihren Völkern den Haß und das Mißtrauen gegen Deutschland wieder stärker zu entfachen. Das bestätigt aufs neue, wie notwendig es ist, daß Deutschlands Vertreter in Brest-Litowsk und Deutschlands Regierung durch ein klares und unzweideutiges Festhalten an dem Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Ostgebiete den Schaden wieder gutmachen, der durch die Erklärung vom 28. Dezember angerichtet worden ist.

Der Reichskanzler hat nun im Hauptausschuß erklären lassen, daß er an dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes festhält. Der Redner unserer Fraktion, Scheidemann, hat unzweideutig erklärt, daß wir willens sind, den allerschärfsten Kampf gegen die Leute aufzunehmen, die durch ihre unsinnigen Eroberungsziele den Weg zum Frieden mit Rußland sperren wollen, und die sozialdemokratische Fraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung, wie selbstverständlich ist, die Haltung unserer Vertreter im Hauptausschuß ausdrücklich gebilligt. Sie kann sicher sein, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter ihr steht. Ein Aufatmen ist durch das deutsche Volk gegangen, als die Meldungen kamen, die uns die Aussicht eröffneten, daß wir wenigstens nach einer Seite hin die Beendigung dieses furchtbar blutigen Krieges erreichen könnten. Die größte Empörung muß die Massen des deutschen Volkes ergreifen gegen die Leute, die mit allen Mitteln versuchen, den angebahnten Friedensweg ungangbar zu machen.

Gewiß, es gibt Kreise in Deutschland, denen der Krieg nicht so schwer erträglich erscheinen mag, wie der großen Mehrheit des Volkes. Ein Blick in die Zeitung belehrt uns, daß sehr viel Industrieunternehmungen Erträge erzielt haben, wie noch nie zuvor. Wir wissen, daß eine Reihe unserer Mitbürger in der glücklichen Lage war, im Krieg ihr Vermögen bedeutend zu vermehren.

Wir sehen, daß viele Erzeuger das Vielfache von dem für ihre Produkte erhalten, was sie im Frieden bekamen. Es ist schließlich begreiflich, daß diese Schichten es mit der Beendigung des Krieges nicht so eilig haben und daß dort die Eroberungsphantasereien unserer Alldeutschen ein williges Ohr finden. Aber die Volksmassen, die so unendlich schwere Opfer gebracht haben, und die täglich Schweres dulden und leiden müssen, haben ein Recht darauf, daß der Krieg nicht einen Tag länger geführt wird als es zu unserer Verteidigung unbedingt notwendig ist.

Die annexionistische Presse hat es besonders auf den Staatssekretär von Kühlmann abgesehen, der sich in Brest-Litowsk nicht zum Sprachrohr ihrer Eroberungsziele gemacht hat. Die konservative Kreuzzeitung meint, daß der Staatsmann, der unserem Volke die notwendige Grenzsicherung nicht verschaffe, mit Schimpf und Schande seines Amtes enthoben werden müsse, und die Deutsche Zeitung spricht von einer Schlinge, die Herr von Kühlmann geknüpft habe und die nun um unseren Hals zugezogen werden solle. Man hört, die Herrschaften arbeiten mit Hochdruck, und sie scheinen auch der Meinung zu sein, daß es ihnen doch noch gelingen werde, ihre Absichten durchzusetzen. In einem ge-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180107/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG